

An den Oberbürgermeister der Stadt Leverkusen, Herrn Uwe Richath,
sowie das Büro des Rates

Bitte setzen Sie im nächsten Sitzungsturnus folgenden Antrag auf die
Tagesordnung der zuständigen Gremien und die des Rates :

Die von den Bürgerinnen und Bürgern von Leverkusen über die Nutzungs-
entgelte/Aufschläge auf die Energie- und Wasserkosten ermöglichten
Millionen-Ausschüttungen der EVL - ca. 5 Millionen pro Jahr - an unsere
Stadt werden dazu verwandt, die deutlich erhöhten Energiekosten
besonders betroffener Bürger und Bürgerinnen zu senken.

Hierbei wird eine soziale Grenze eingerichtet, die regelt, dass von dieser
Vergünstigung nur die unteren Einkommensgruppen, als besonders
betroffene Schicht, profitieren.

Begründung :

Es ist schon immer umstritten, dass kommunale Unternehmen im Besitz
der Bürger, eben diesem Besitzer, dem Bürger, nicht nur ihre real
entstehenden Kosten - Gehälter, Investitionen und Wartung - in Rechnung
stellen, sondern auch noch zusätzlich alljährlich Millionen an den Bürgern
und Bürgerinnen verdienen.

Nun ist es in Zeiten der Klimaretterung und der mit ihr verbundenen
besonderen finanziellen Belastungen durch die unabweisbar notwendige
Energiewende sinnvoll, diese eigenartigen Gewinne nicht weiter in den
städt. Haushalt zu überführen, sondern besonders betroffene Bürger und
Bürgerinnen zu entlasten.

Karl Schweiger

Peter Viertel

i.A. Erhard T. Schoofs